

Parteiensystem und Sozialstruktur in der Bundesrepublik [1973]

Pappi, Franz Urban

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Pappi, F. U. (2015). Parteiensystem und Sozialstruktur in der Bundesrepublik [1973]. *Historical Social Research, Supplement*, 27, 54-80. <https://doi.org/10.12759/hsr.suppl.27.2015.54-80>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Parteiensystem und Sozialstruktur in der Bundesrepublik [1973]

*Franz Urban Pappi**

Abstract: »Party System and Social Structure in the Federal Republic of Germany«. From 1953 to 1972, the SPD's percentage of valid votes grew from federal election to federal election ("comrade trend"). This was explained by changes of class structure: an increase of white collar employees and civil servants, a slight decrease of manual workers, and big and a large decrease of self-employed. In comparison, the share of Catholics and Protestants, and the religious engagement of the German electorate remained quite stable. The voting behavior of these groups over time is documented, and the "comrade trend" is explained by a political re-orientation of the new middle class. Then, the party system is reconstructed independently from social structure based on scalometer ratings of parties and leading politicians. Finally, stability and change of positions of class and religious groups within the two-dimensional reconstructed party system is shown, supporting the results of the documented frequency tables.

Keywords: Class structure, religion and church affiliation of the German electorate, voting behavior in German federal elections from 1953 to 1972, rating scales of parties and politicians, party systems reconstructed from the voters' perspective.

1. Einleitung

Im Zuge der starken Hinwendung zu makrosoziologischen Fragestellungen und, vor allem im Zusammenhang mit der Modernisierungsdiskussion, zu historisch-soziologischen Analysen seit Beginn der 60er Jahre sind auch in der Wahlsoziologie einige Weichen neu gestellt worden. So kann man in dem von Seymour M. Lipset und Stein Rokkan herausgegebenen Sammelband „Party Systems and Voter Alignments“ (Lipset und Rokkan 1967) mit dem Einleitungskapitel der beiden Herausgeber einen wichtigen Wendepunkt für die theoretische Orientierung in der Wahlsoziologie sehen (vgl. Sartori 1968, 1-25). Diese Reorientierung findet auch darin ihren Ausdruck, daß man nicht mehr so sehr bestrebt ist, die sozialstrukturellen Determinanten der individuellen Wahlentscheidung zu analysieren (vgl. dazu z.B. Lipset et al. 1954, 1124-75), sondern

* Reprint of: Franz Urban Pappi. 1973. Parteiensystem und Sozialstruktur in der Bundesrepublik. *Politische Vierteljahresschrift* 14: 191-213.

daß sich das Erkenntnisinteresse auf die makrosoziologische Frage nach dem Zusammenhang von Parteiensystem und Sozialstruktur verlagert hat.

Trotzdem muß man sich fragen, welchen Erkenntnisgewinn diese theoretische Neuorientierung für die Analyse von in der Gegenwart westlicher Demokratien stattfindenden Wahlen gebracht hat. Dieser Erkenntnisgewinn erscheint mir eher bescheiden. Wenn man z.B. in Deutschland auch für die Bundestagswahl 1972 wieder feststellen konnte, daß Religion und Schichtzugehörigkeit wichtige sozialstrukturelle Einflußgrößen waren, kann man jetzt auf die genetische Erklärung dieser Haupt-Cleavages bei Lipset und Rokkan verweisen. Ihr Erklärungsansatz spannt aber nur den Bogen von einer kritischen Wahl (zu diesem Begriff siehe Key 1955, 3-18) zur nächsten, und dieser Bogen ist für die meisten westeuropäischen Länder sehr weit gespannt, denn: „The party systems of the 1960s reflect, with few but significant exceptions, the cleavage structures of the 1920s“ (Lipset und Rokkan 1967, 50). Immerhin ist die Bundesrepublik eine der wenigen Ausnahmen, eine Ausnahme allerdings, die mir Lipset und Rokkan etwas vorschnell doch wieder mit ihrer Hauptthese von der Persistenz des Parteiensystems seit dem Ende des politischen Mobilisierungsprozesses in Einklang zu bringen versuchen. Nachdem sie festgestellt haben, daß es der CDU/CSU dank der organisatorischen Zersplitterung der Rechten und der damit verbundenen Möglichkeiten „post-demokratischer“ Parteiformationen nach dem Krieg gelang, annäherungsweise eine konservative Partei britischen Typs zu werden, kommen sie zu folgender abschließenden Beurteilung:

These [...] spectacular cases of disruption in the development of national party systems do not in themselves invalidate our initial formulation. The most important of the party alternatives got set for each national citizenry during the phases of mobilization just before or just after the final extension of the suffrage and have remained roughly the same through decades of subsequent changes in the structural conditions of partisan choice (ebd., 52).

Diese These von der Persistenz des Parteiensystems, die bei langfristiger Betrachtung im internationalen Vergleich durchaus plausibel ist, bringt die Gefahr mit sich, daß man mittelfristige Veränderungen des Parteiensystems entweder nicht erkennt oder unterbewertet. Solche mittelfristigen Veränderungen können stattfinden, ohne daß neue Parteien auftreten. Aus der historischen Kontinuität von Parteinamen und auch von Parteiorganisationen kann man nicht schließen, daß auch die Cleavages dieselben geblieben sind wie bei der Entstehung dieser Parteien. Und neue Cleavages bedeuten eine Verlagerung der sozialstrukturellen Schwerpunkte der Parteihängerschaften. Nicht jede Veränderung von einer Wahl zur nächsten kann als Wandel der bestehenden Zuordnung von Sozialstruktur und Parteiensystem interpretiert werden. Das Problem besteht, wie Philip E. Converse am Beispiel des Wahlverhaltens in den USA herausgearbeitet hat, in der Trennung einer „normal ‚base-line‘ vote“ und der momentanen Abweichung von dieser Norm. Diese Normallage des politischen Konfliktsystems kann in den USA als „einfacher Ausdruck der Verteilung der [der

aktuellen Wahlentscheidung] zugrundeliegenden Parteiloyalitäten“ angesehen werden (Converse 1966, 14, Übersetzung und Ergänzung vom Autor), wie sie sich mit der Frage nach der Parteiidentifikation messen lassen. Diese Parteiloyalitäten seien in den USA langfristig stabil, während das tatsächliche Wahlverhalten von Wahl zu Wahl sehr großen Schwankungen unterworfen ist.

Diese Schwankungen im tatsächlichen Wahlverhalten bei Bundestagswahlen waren in Deutschland nach dem Kriege geringer als bei den Präsidentschaftswahlen in den USA. Das mag zum größten Teil mit dem Wahlsystem zusammenhängen. In den USA stehen Präsidentschaftskandidaten zur Wahl, deren Wechsel beinahe von Wahl zu Wahl den Wählern jeweils unterschiedliche Entscheidungssituationen aufzwingt. In Deutschland ändern sich jedoch im Vergleich zu den amerikanischen Verhältnissen die den Wählern sichtbaren Alternativen weit weniger dramatisch.

Nun hat sich für die Wähler der Bundesrepublik das Konzept der Parteiidentifikation empirisch nicht als besonders tragfähig erwiesen (vgl. Kaase 1970, 46-110). Es sei hier die Frage erlaubt, ob wir es bei der größeren Stabilität im aktuellen Wahlverhalten überhaupt benötigen. Derselbe Erkenntnisgewinn wie im amerikanischen Fall scheint mir jedenfalls aus Gründen, die mit unserem politischen System zu tun haben, nicht zu erwarten. Die hervorstechende Tatsache der Stimmenentwicklung bei Bundestagswahlen ist die seit 1953 stetige Zunahme des SPD-Anteils. Diese Entwicklung läßt vermuten, daß auch eine separate Erfassung der Parteiidentifikation seit 1953 kein wesentlich anderes Ergebnis, etwa eine langfristige Stabilität der Parteianhängerschaften, erbracht hätte. Umso bemerkenswerter sind neue amerikanische Ergebnisse, über die Converse berichtet:

the over-all stability in the division of party loyalties in the nation as a whole over the past quarter-century is the composite result of a slow and steady erosion of Democratic strength in the South and a more muted but unquestionable secular gain in Democratic strength elsewhere in the country (Converse 1972, 309).

Das heißt mit anderen Worten, daß auch im amerikanischen Elektorat ein Genosse Trend zu verzeichnen ist. Dieser Trend läßt sich aus den amerikanischen Wahlergebnissen nicht ablesen, sondern nur aus der Entwicklung der Verteilung der Parteianhänger.

Allmähliche Veränderungen der zahlenmäßigen Stärke der Parteianhängerschaften deuten zunächst auf sozialstrukturelle Ursachen. Nehmen die Schwerpunktgruppen einzelner Parteien zu, so kann sich das politische Kräfteverhältnis bei einem grundsätzlichen Gleichbleiben der Zuordnung von Parteiensystem und Sozialstruktur verändern. In der folgenden Analyse werde ich nachweisen, daß diese einfache Annahme für die Bundesrepublik falsch ist.

Politisches Verhalten ist kein reines Epiphänomen der Sozialstruktur, auch nicht bei der Wählerschaft, etwa im Gegensatz zur politischen Elite. Diese Aussage soll hier nicht als ontologische Grundannahme eingeführt werden. Es geht vielmehr darum, das Verhältnis von Sozialstruktur und Politik als Variable zu behandeln, die sich im Zeitverlauf ändern kann. Ähnlich wie in modernen,

strukturell ausdifferenzierten Gesellschaften die politische Funktionselite nicht mehr automatisch mit der Oberschicht identisch ist (vgl. zum Prozess der strukturellen Ausdifferenzierung der Politik Pappi 1970, 16ff), scheinen auch die Wähler diese Entwicklung auf der Eliteebene in dem Sinn nachzuvollziehen, als sie sich bei der konkreten Wahlentscheidung zunehmend von ihren sozialstrukturellen Bindungen lösen (vgl. zur Wichtigkeit der politischen Determinanten des Wahlverhaltens Klingemann 1973).

Es gehört auch zu der von Lipset und Rokkan artikulierten Neuorientierung der politischen Soziologie, daß die Umsetzung sozialstruktureller Cleavages in Parteiensysteme als Problem gesehen wird. Wie Giovanni Sartori richtig bemerkt, setzt diese Umsetzung ein „translation handling“ und damit politisches Handeln voraus (Sartori 1968, 19). Nur ist es mit dieser Erkenntnis nicht getan. Um empirisch fruchtbar zu werden, muß sich diese Neuorientierung auch in geänderten Analysestrategien niederschlagen. Umso auffälliger ist, daß in dem von Lipset und Rokkan herausgegebenen Sammelband die meisten Autoren recht konventionelle Aufgliederungen der Parteiwähler nach den gängigen sozialstrukturellen Merkmalen vornehmen. Überspitzt kann man sagen, daß dieselben Tabellen, die in den 50er Jahren unter der Überschrift „Sozialstruktur und Wahlentscheidung“ diskutiert wurden, jetzt unter der Überschrift „Sozialstruktur und Parteiensystem“ interpretiert werden.

Diese Grundtabellen sind natürlich nicht überflüssig geworden. Ich werde sie im ersten Abschnitt ebenfalls für einen Zeitvergleich der Parteistimmenentwicklung in den wichtigsten sozialen Gruppen von 1953 bis 1972 verwenden. Diese Untersuchung muß aber ergänzt werden durch eine eigenständige Analyse der Entwicklung des Parteiensystems. Unter Parteiensystem verstehe ich keine rein interpretative Größe, die man mehr oder weniger beliebig auf empirische Daten anwenden kann, sondern definiere es als räumliches Modell, das eine möglichst getreue Abbildung der psychischen Nähe der Wähler zu den Parteien und daraus folgend der Distanzen zwischen den Parteien darstellt (vgl. zu diesem Modell Downs 1968, 161-79; Stokes 1966, 161-79; Converse 1966a, 175-207; Converse und Valen 1971, 107-52). Ich werde die Entwicklung dieses Parteiensystems in der Bundesrepublik seit 1961 im zweiten Abschnitt untersuchen, um dann im dritten Kapitel die Position der sozialstrukturellen Gruppen in diesem System bestimmen zu können.

2. Beruf, Religion und Wahlentscheidung bei Bundestagswahlen seit 1953

Über die wichtigsten sozialstrukturellen Determinanten des Wahlverhaltens in der Bundesrepublik weiß man recht gut Bescheid. Zur Orientierung mit zunächst deskriptiver Absicht haben sich Kontrastgruppenanalysen als sehr brauchbar erwiesen. So weist Klaus Liepelt in einer inzwischen vielzitierten

Kontrastgruppenanalyse mit Daten aus den Jahren 1963/64 nach, daß die Gewerkschaftsmitgliedschaft das wichtigste Merkmal zur Trennung von SPD-Anhängern und Anhängern der anderen Parteien ist, gefolgt von Kirchgangshäufigkeit und Religion derart, daß eine Trennung zwischen praktizierenden Katholiken und dem Rest erfolgt (Liepelt 1971, 183-202; Liepelt und Mitscherlich 1968; Janowitz und Segal 1966-67, 601-18; Segal 1970, 216-35). An dritter Stelle in der Wichtigkeit folgt dann die Unterscheidung zwischen Arbeitern und der Mittelschicht. Damit erweisen sich Religion und Schicht als die wichtigsten sozialstrukturellen Cleavages, die eine Umsetzung in das politische Konfliktsystem erfahren haben, wobei ihr Einfluß beim einzelnen Wähler durch organisatorische Bindungen an die jeweilige Gruppe verstärkt wird. Wie in der Einleitung erwähnt, würde die Minimalthese zur Erklärung der Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen den Parteien auf einfache Veränderungen der Randverteilung für die wichtigen sozialstrukturellen Variablen abstellen und gleichzeitig die Zuordnung von Sozialstruktur und Parteiensystem als konstant ansehen. Diese These vertritt M. Rainer Lepsius für die Stimmenentwicklung der Parteien im Kaiserreich und in der Weimarer Republik bis 1928 (Lepsius 1966, 371-91). Die SPD sei auf ein „spezifisches soziokulturelles Milieu beschränkt“ geblieben (ebd., 388). Trotzdem hat sie bis 1912 kontinuierlich an Stimmen gewonnen, so daß ihr Zuwachs neben der stärkeren Mobilisierung ihres eigenen Milieus auch auf eine zahlenmäßige Zunahme dieses Milieus zurückgeführt werden kann.

In Tabelle 1 und 2 habe ich einige Daten zusammengestellt, die Aufschluß über die Entwicklung der zahlenmäßigen Stärke der Schwerpunktgruppen der Parteien im Zeitverlauf geben. Die für die Trenduntersuchungen in diesem Abschnitt verwendeten Umfragen sind vom Stichprobenplan her repräsentativ für das Bundesgebiet angelegt. Für meine Auswertung wählte ich nur die Befragten, die bei der im jeweiligen Jahr stattfindenden Bundestagswahl wahlberechtigt waren. Bei der Umfrage für 1969 handelt es sich um die zweite Welle eines Panels, so daß die Repräsentativität infolge der Panel-Mortalität etwas stärker beeinträchtigt ist als durch die üblicherweise auftretende Ausfallquote. Die Untersuchungen von 1961-1972 sind Nachwahluntersuchungen. Die Umfrage von 1953 wurde vor der Bundestagswahl durchgeführt.¹

¹ Zur methodischen Beschreibung der Umfrage von 1953 (Zentralarchiv-Studie Nr. 145) siehe Erich Reigrotzki, 1956, *Soziale Verflechtungen in der Bundesrepublik*, Tübingen, 253ff. Die Studie von 1961 ist die bundesweite Nachwahluntersuchung der Kölner Wahlstudie vom November 1961 (siehe Erwin K. Scheuch und Rudolf Wildenmann, 1965, Das Forschungsprogramm der Wahlstudie 1961, in *Zur Soziologie der Wahl*, hg. v. dies., 12, Köln und Opladen; Zentralarchiv-Studie Nr. 57). Zur Studie von 1965 siehe DIVO Institut: *Der Wähler nach der Bundestagswahl 1965*, vervielfältigtes Manuskript, o. J. (Zentralarchiv-Studie Nr. 314). Die Studien von 1969 (Zentralarchiv-Nr. 427) und 1972 (Zentralarchiv-Nr. 633-634) wurden von Hans D. Klingemann und mir im Auftrag des Instituts für politische Planung und Kybernetik,

Tabelle 1 zeigt, daß der Arbeiteranteil von 1950 bis 1970 um 5,5 Prozentpunkte abgenommen hat, während der Anteil der Angestellten und Beamten im Jahresdurchschnitt um etwa einen Prozentpunkt ansteigt. Stark vermindert hat sich der Anteil der Selbständigen von 28,3 Prozent im Jahre 1950 auf 16,0 Prozent 1970. Die Umfrageergebnisse spiegeln diesen Trend im großen und ganzen wider.

Tab. 1: Berufe und Gewerkschaftsmitglieder im Zeitvergleich

| Beruf | VZ50 % | 1953 % | VZ61 % | 1961 % | 1965 % | 1969 % | VZ70 % | 1972 % |
|---|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|
| Arbeiter | 51,0 | 46 | 48,1 | 48 | 44 | 48 | 45,6 | 41 |
| davon Gewerkschaftsmitglieder | | 20 | | | 24 | 19 | | |
| Angestellte und Beamte | 20,6 | 24 | 29,9 | 27 | 38 | 34 | 38,4 | 45 |
| davon Gewerkschaftsmitglieder | | 13 | | | 12 | 13 | | |
| Selbstständige und mithelfende Familienmitglieder | 28,3 | 17 | 22,0 | 15 | 12 | 12 | 16,0 | 11 |
| Landwirte | | 12 | | 10 | 6 | 6 | | 3 |
| N | | 100% | | 100% | 100% | 100% | | 100% |
| | | 2546 | | 1344 | 1080 | 896 | | 2673 |

Die Ergebnisse der Volks- und Berufszählung (VZ) gelten für die Grundgesamtheit der Erwerbstätigen im Bundesgebiet einschließlich Berlin, die Umfrageergebnisse weisen den Beruf des Haushaltungsvorstandes ohne Rentner und Arbeitslose aus für die bei Bundestagswahlen wahlberechtigte Bevölkerung.

Quelle für VZ50 und VZ61: Statistisches Bundesamt, Hrsg., *Bevölkerung und Wirtschaft 1872-1972*, Stuttgart und Mainz, 1972, 142.

Quelle für VZ 70: Statistisches Bundesamt, Hrsg., *Bevölkerung und Kultur: Volkszählung vom 27. Mai 1970, Heft 1, Ausgewählte Strukturdaten für Bund und Länder*, Stuttgart und Mainz, 1972, 16.

Interessant ist, daß sich der Prozentsatz der Gewerkschaftsmitglieder bei den Arbeitern und Angestellten und Beamten nicht im mindesten verändert hat. Wie Anfang der 50er Jahre waren 1969 etwa ein Fünftel der Arbeiter und ein Achtel der Angestellten und Beamten gewerkschaftlich organisiert. Der steigende Anteil der Angestellten und Beamten bei gleichbleibender gewerkschaftlicher Organisationsdichte reicht zur Erklärung des SPD-Zuwachses von 1953 bis 1972 offensichtlich nicht aus.

Bonn-Bad Godesberg, durchgeführt. Die Feldarbeit führte 1969 das DIVO Institut, Frankfurt a. M., und 1972 das MARPLAN Institut, Offenbach am Main, durch.

Tab. 2: Religion und Kirchgang im Zeitvergleich

| | 1953 % | 1965 % | 1969 % | 1972 % |
|------------------------------|-----------|-----------|-----------|-----------|
| Katholiken | 47 | 44 | 48 | 46 |
| davon Kirchgang | | | | |
| regelmäßig | 60 | 72 | 64 | 58 |
| unregelmäßig | 20 | 18 | 19 | 19 |
| selten oder nie | 19 | 10 | 17 | 23 |
| Protestanten | 49 | 52 | 49 | 50 |
| davon Kirchgang | | | | |
| regelmäßig | 19 | 24 | 20 | 16 |
| unregelmäßig | 33 | 47 | 47 | 27 |
| selten oder nie | 48 | 29 | 29 | 56 |
| Andere oder keine Konfession | 4 | 4 | 3 | 4 |
| N | 3111 | 1305 | 1158 | 3448 |

1953 wurde die Häufigkeit des Kirchgangs mit den in der Tabelle angegebenen Antwortmöglichkeiten erfragt. 1965 und 1969 lauteten die Antwortmöglichkeiten: (1) Mehr als einmal in der Woche, (2) Mindestens einmal in der Woche, (3) Wenigstens einmal im Monat, (4) Mehrmals im Jahr, (5) Nur einmal im Jahr, (6) Seltener oder nie. Die ersten drei Kategorien wurden als regelmäßige Kirchgänger und die vierte und fünfte Kategorie als unregelmäßige Kirchgänger gezählt. 1972 entfiel die Kategorie (5), die Zusammenfassung der übrigen Kategorien zu den drei Gruppen der Tabelle wurde beibehalten.

Das Größenverhältnis von Katholiken und Protestanten in Deutschland blieb von 1950 bis 1970 sehr konstant. 1950 waren 44,3 Prozent der Wohnbevölkerung katholisch, 1970 44,6 Prozent. Der Protestantenanteil hat zugunsten der Restkategorie der Personen, die einer anderen oder keiner Religionsgemeinschaft angehören, im selben Zeitraum leicht von 51,5 auf 49,0 Prozent abgenommen (Statistisches Bundesamt 1972, 97). Die Kirchgangshäufigkeit hat, wie aus Tabelle 2 zu ersehen ist, zumindest seit 1965, d. h. seit in den mir zur Verfügung stehenden Umfragen dieselben Antwortkategorien verwendet wurden, bei Katholiken und Protestanten abgenommen. Vergleicht man aber die letzte Kategorie der Personen, die von sich sagen, sie gingen selten oder nie in die Kirche – diese Antwortkategorie wurde gleichlautend in allen Umfragen, also auch 1953, verwendet – so fällt es zumindest für die Katholiken schwer, von einem merklichen generellen Rückgang der Kirchgangsfrequenz zu sprechen. Wie man im Hinblick auf die SPD von einer leichten Verbesserung der von der Sozialstruktur her gegebenen Chancen sprechen kann, die in der Zunahme der Beamten und Angestellten bei gleichbleibender gewerkschaftlicher Organisationsrate liegt, so kann man eine leichte Verschlechterung der Chancen für die CDU/CSU durch die etwas abnehmende Kirchgangsfrequenz bei den Katholiken annehmen. Zur Trenderklärung reichen beide Tendenzen nicht aus.

Bevor ich auf die Ergebnisse meiner Trenduntersuchung eingehe, muß noch die Frage der Messung der Schichtzugehörigkeit geklärt werden. Meist wird der Beruf als Indikator für soziale Schichtung gewählt und eine grobe Einteilung in Arbeiterschaft und Mittelschicht vorgenommen (vgl. Liepelt 1971; Liepelt und Mitscherlich 1968; Janowitz und Segal 1966-67; Segal 1970). Die Messung der

Schichtzugehörigkeit ist Ausdruck des Begriffs der Schichtung, den man gewählt hat, und die Einteilung in Arbeiter- und Mittelschicht scheint der kleinste gemeinsame Nenner verschiedener Schichtbegriffe zu sein. Versteht man soziale Schichten in der Warner-Tradition als deutlich abgrenzbare Interaktionsgruppen, die zueinander in einem eindeutigen Über- und Unterordnungsverhältnis stehen, z.B. gemessen am Maßstab einer Berufs-Prestige-Skala, so legen neuere Forschungsergebnisse eine Einteilung in Arbeiter-, Mittel- und obere Mittelschicht nahe (vgl. Pappi 1973, 23-74). Zur oberen Mittelschicht zählen vor allem freie Berufe und solche Arbeitnehmerberufe, für die eine akademische Ausbildung notwendig ist.

Eine Frage nach der subjektiven Schichtidentifikation mit den vorgegebenen Antwortkategorien „Arbeiterschicht, Mittelschicht, obere Mittelschicht und Oberschicht“ wird auch von den Befragten als sinnvoll empfunden. Diese Frage der subjektiven Schichtidentifikation geht auf Richard Centers (1949) zurück. Centers selbst verwendete die Kategorie der oberen Mittelschicht noch nicht, eine Untersuchung von Robert W. Hodge und Donald J. Treiman aus dem Jahre 1964 ermöglicht aber einen Vergleich der subjektiven Schichtidentifikation der Bevölkerung in den USA und in Deutschland (siehe Tabelle 3), wobei sich meine Frage nur durch Weglassen der Kategorie der Unterschicht von der von Hodge und Treiman verwendeten Frage unterscheidet. Der Prozentsatz der Befragten, die eine Schichteinstufung explizit ablehnen, ist in beiden Fällen sehr niedrig. Zählt man die 2,3 Prozent der Befragten, die sich in den USA in die Unterschicht einstuften, zur Arbeiterschicht, weichen diese beiden Prozentsätze für Deutschland und die USA kaum voneinander ab. Der Unterschied in den beiden Verteilungen betrifft die obere Mittelschicht und Oberschicht, in die sich in den USA etwa doppelt so viele Personen einstuften wie in Deutschland. In der Untersuchung von Centers aus dem Jahre 1945 stuften sich in den USA noch 15 Prozent mehr in die Arbeiterschicht ein als 1964. Hodge und Treiman führen diese Entwicklung auf die Steigerung der Einkommen und des Lebensstandards und des durchschnittlichen Schulbildungsniveaus zurück (1967-68, 536). Gerade im geringeren durchschnittlichen Schulbildungsniveau in Deutschland im Vergleich zu den USA kann man wahrscheinlich auch die Hauptursache für die unterschiedliche Stärke der oberen Mittelschicht sehen.

Die subjektive Schichteinstufung ist eine Konsequenz der objektiven Schichtzugehörigkeit. Sie wird durch die Interaktion mit Angehörigen der eigenen Schicht verstärkt.

Beide Einstufungen stimmen in der Bundesrepublik auch sehr stark überein. Drei Viertel der objektiv zur Arbeiterschicht gehörenden Personen stufte sich auch subjektiv in diese Schicht ein und drei Viertel der objektiv zur Mittelschicht Zählenden stufte sich in die Mittelschicht ein. Bei der oberen Mittelschicht ist die Übereinstimmung um etwa ein Viertel geringer.

Tab. 3: Subjektive Schichteinstufung in den USA und der Bundesrepublik

| | USA % | BRD % |
|----------------------|-------|-------|
| Unterschicht | 2,3 | – |
| Arbeiterschicht | 34,3 | 38,1 |
| Mittelschicht | 44,0 | 50,8 |
| Obere Mittelschicht | 16,6 | 8,4 |
| Oberschicht | 2,2 | 0,5 |
| Einstufung abgelehnt | 0,6 | 2,1 |
| N | 918 | 3335 |

Quelle für USA: Hodge und Treiman (1967-68, 535-47).

Quelle für BRD: Nachwahluntersuchung 1972.

Unmittelbarer auf den politischen Bereich bezogen als der Schichtbegriff der Warner-Tradition ist der in Erweiterung der Fragestellung von Karl Marx entwickelte Schichtbegriff Theodor Geigers (1967 [1932]). Geiger hebt stark auf die objektiven Merkmale der sozialen Lage ab und hat mit dem Begriff der schicht-typischen Mentalität, deren Ausprägung er als Folge der in bestimmten sozialen Lagen gemachten Lebenserfahrungen versteht, ein Instrument zur Hand, das einen unmittelbaren Bezug zur Politik erlaubt. „Der erfüllte Schichtbegriff Theodor Geigers ist bestimmt durch den Gedanken, daß soziale Schichten Gruppen mit gemeinsamer sozialer Mentalität sind, von denen daher auch ein jeweils eigentümliches, wirtschaftliches und politisches Verhalten erwartet werden darf“ (Dahrendorf 1965, 102). Ohne daß ich Ralf Dahrendorfs „informierter Willkür“ (ebd., 104) beim Entwurf eines Schichtungsbildes für die Bundesrepublik empirisch folgen kann, will ich doch wie er die Geigersche Erkenntnisabsicht aufnehmen und Typen der sozialen Lagerung voneinander abzugrenzen versuchen, die für die Bundesrepublik Plausibilität beanspruchen können.

Geiger unterscheidet in seiner 1932 veröffentlichten Untersuchung, die in erster Linie auf einer Auswertung der Berufszählung von 1925 basiert, fünf soziale Schichten. Nimmt man die Erwerbstätigen als Grundgesamtheit, zählt Geiger 0,84 Prozent zu den Kapitalisten, 18,33 Prozent zum alten Mittelstand, 16,04 Prozent zum neuen Mittelstand, 13,76 Prozent zu den Proletaroiden und 51,03 Prozent zum Proletariat (Geiger 1967 [1932], 73). Ich muß die zahlenmäßig nur schwach besetzte Gruppe der Kapitalisten unberücksichtigt lassen. Wenn man sich dann wie Geiger an dem Merkmal „Stellung im Beruf“ orientiert, ohne daß ich die verschiedenen Umrechnungen seiner Tiefengliederung vornehmen kann, ist für die Bundesrepublik zu fragen, ob die Klasse der von Geiger als „Tagwerker für eigene Rechnung“ bezeichneten Proletaroiden noch Bedeutung hat. Da ich im folgenden die Landwirte als eigene Gruppe ausweisen werde, kann man wohl davon ausgehen, daß von dem starken Rückgang des Selbständigenanteils in den letzten zwanzig Jahren vor allem die Proletaroiden betroffen worden sind, so daß ich in meiner Einteilung auf diese Gruppe verzichten kann. Damit bleiben als Hauptgruppen die Arbeiterschaft, der alte Mittelstand mit den Selbständigen einschließlich der mithelfenden Familienangehörigen und ohne die Landwirte und der aus Beamten und Angestellten

bestehende neue Mittelstand. Da es hier nicht primär um eine Schichtuntersuchung geht, kann diese grobe Einteilung wohl gerechtfertigt werden, besonders wenn man bedenkt, daß diese Schichten mit dem Merkmal „Stellung im Beruf“ sehr zuverlässig gemessen wurden.

Die empirische Frage ist jetzt, welche Schichteinteilung politisches Verhalten am besten erklärt, oder, anspruchsvoller ausgedrückt, welches soziale Cleavage-System sich in das politische Konfliktsystem am besten umgesetzt hat. Ich habe das am Beispiel der Bundestagswahl 1972 festzustellen versucht, indem ich die Stärke des Zusammenhangs der jeweiligen Schichteinteilungen mit der Wahlentscheidung berechnet habe. Da sich die Landwirte in den Schichtaufbau einer weitgehend städtischen Bevölkerung, zumindest was die Prestigeordnung der Berufe anlangt, nicht ohne weiteres einfügen, habe ich sie bei der Gegenüberstellung der Determinationskraft der drei Schichteinteilungen ausgeklammert. Die drei Schichteinteilungen sind (1) die dem Konzept der hierarchisch geordneten Interaktionsgruppen entsprechende Einteilung in Arbeiter-, Mittel- und obere Mittelschicht, die nach dem Beruf des Haushaltsvorstandes vorgenommen wurde, (2) die subjektive Schichtidentifikation mit denselben drei Gruppen, wobei die wenigen Personen, die sich in die Oberschicht einstuften, zur oberen Mittelschicht gezählt wurden, und (3) die auf objektive Unterschiede der Soziallage abzielende Einteilung in Arbeiterschaft und neuen und alten Mittelstand.

Verwendet man als Assoziationsindex Cramer's V und wählt für die Wahlentscheidungsfrage die Einteilung in Wähler der SPD, CDU/CSU, FDP, anderer Parteien und in die Nichtwähler, so beträgt die Korrelation zwischen der Wahlentscheidung und der ersten Einteilung $V = .18$, die Korrelation mit der subjektiven Schichteinstufung beträgt ebenfalls $V = .18$ und die Korrelation mit der dritten Einteilung beträgt $V = .27$. Aus diesem Ergebnis kann man schließen, daß die typischen Soziallagen der Bevölkerung sich in Deutschland unmittelbar in das politische Konfliktsystem umgesetzt haben oder umgesetzt wurden als das sich in schichttypischen Verkehrskreisen ausdrückende, mehr sozialen Status im Sinn von Prestige widerspiegelnde Schichtsystem. Ich werde im folgenden also die Schichteinteilung in Arbeiterschaft und neuen und alten Mittelstand verwenden und die Landwirte noch als separate Gruppe führen. Die Einteilung erfolgt über die Stellung im Beruf des Haushaltsvorstands, die für die soziale Lage aller Haushaltsmitglieder als bestimmend angesehen wird. Bei der Trendanalyse sind aus Gründen der Vergleichbarkeit über die verschiedenen Jahre hinweg Personen eliminiert, bei denen der Haushaltsvorstand arbeitslos oder Rentner war.

Tab. 4: Beruf des Haushaltsvorstandes, Religion und Wahlentscheidung bei Bundestagswahlen im Zeitverlauf

| Wahlentscheidung | Insgesamt | | | | Katholiken | | | | Protestanten | | | | | | |
|------------------------|-----------|-----------|-----------|-----------|------------|-----------|-----------|-----------|--------------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|
| | 1953 % | 1961 % | 1965 % | 1969 % | 1972 % | 1953 % | 1961 % | 1965 % | 1969 % | 1972 % | 1953 % | 1961 % | 1965 % | 1969 % | 1972 % |
| Arbeiter | | | | | | | | | | | | | | | |
| SPD | 48 | 56 | 54 | 58 | 66 | 36 | 41 | 40 | 50 | 55 | 60 | 69 | 66 | 69 | 77 |
| CDU/CSU | 35 | 36 | 42 | 39 | 24 | 47 | 50 | 58 | 49 | 39 | 22 | 25 | 30 | 27 | 15 |
| FDP | 4 | 5 | 2 | 1 | 6 | 2 | 4 | 2 | - | 5 | 6 | 5 | 3 | 2 | 7 |
| Andere | 14 | 3 | 1 | 2 | 1 | 15 | 5 | 0 | 1 | 0 | 12 | 1 | 1 | 2 | 1 |
| N | 376 | 502 | 412 | 248 | 839 | 195 | 233 | 186 | 135 | 404 | 181 | 269 | 226 | 113 | 435 |
| Beamte und Angestellte | | | | | | | | | | | | | | | |
| SPD | 27 | 30 | 34 | 46 | 50 | 22 | 21 | 21 | 38 | 42 | 31 | 36 | 44 | 52 | 56 |
| CDU/CSU | 49 | 50 | 54 | 45 | 33 | 61 | 64 | 71 | 56 | 45 | 40 | 41 | 42 | 36 | 23 |
| FDP | 14 | 18 | 10 | 7 | 17 | 8 | 12 | 7 | 1 | 12 | 19 | 21 | 11 | 11 | 20 |
| Andere | 10 | 2 | 2 | 3 | 0 | 9 | 3 | 1 | 5 | 0 | 10 | 2 | 3 | 1 | 0 |
| N | 221 | 288 | 326 | 177 | 982 | 97 | 108 | 135 | 79 | 439 | 124 | 180 | 191 | 98 | 543 |
| Selbstständige | | | | | | | | | | | | | | | |
| SPD | 11 | 14 | 18 | 17 | 23 | 7 | 7 | 13 | 10 | 22 | 15 | 21 | 23 | 25 | 25 |
| CDU/CSU | 53 | 62 | 58 | 75 | 62 | 66 | 74 | 72 | 87 | 64 | 39 | 47 | 46 | 62 | 59 |
| FDP | 20 | 23 | 19 | 8 | 13 | 14 | 17 | 9 | 3 | 12 | 26 | 30 | 28 | 12 | 15 |
| Andere | 16 | 1 | 4 | - | 1 | 13 | 1 | 6 | - | 2 | 20 | 1 | 3 | - | 1 |
| N | 165 | 162 | 115 | 63 | 201 | 85 | 86 | 54 | 31 | 93 | 80 | 76 | 61 | 32 | 108 |

Tabelle 4 Fortsetzung...

| Wahlentscheidung | Insgesamt | | | | | Katholiken | | | | | Protestanten | | | | |
|------------------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|------------|-----------|-----------|-----------|-----------|--------------|-----------|-----------|-----------|-----------|
| | 1953 % | 1961 % | 1965 % | 1969 % | 1972 % | 1953 % | 1961 % | 1965 % | 1969 % | 1972 % | 1953 % | 1961 % | 1965 % | 1969 % | 1972 % |
| Landwirte | | | | | | | | | | | | | | | |
| SPD | 4 | 8 | - | 16 | 10 | - | 7 | - | 27 | 9 | 8 | 11 | - | 7 | 10 |
| CDU/CSU | 58 | 77 | 92 | 72 | 82 | 68 | 90 | 97 | 73 | 88 | 48 | 54 | 85 | 71 | 77 |
| FDP | 12 | 16 | 8 | 4 | 8 | 4 | 3 | 3 | - | 9 | 20 | 30 | 15 | 7 | 13 |
| Andere | 26 | 2 | - | 8 | - | 28 | - | - | - | - | 24 | 4 | - | 14 | - |
| N | 118 | 117 | 50 | 25 | 62 | 57 | 73 | 30 | 11 | 32 | 61 | 44 | 20 | 14 | 30 |
| Insgesamt | | | | | | | | | | | | | | | |
| SPD | 30 | 36 | 39 | 46 | 52 | 22 | 25 | 26 | 38 | 43 | 37 | 46 | 49 | 55 | 60 |
| CDU/CSU | 45 | 50 | 52 | 48 | 36 | 58 | 65 | 68 | 59 | 48 | 33 | 37 | 40 | 39 | 26 |
| FDP | 10 | 11 | 7 | 4 | 11 | 5 | 7 | 4 | 1 | 8 | 15 | 14 | 9 | 7 | 13 |
| Andere | 15 | 2 | 2 | 2 | 1 | 15 | 3 | 1 | 2 | 0 | 15 | 2 | 2 | 2 | 1 |
| N | 1063 | 1362 | 1071 | 646 | 2625 | 210 | 640 | 484 | 321 | 1210 | 553 | 722 | 587 | 325 | 1415 |

Die Ergebnisse der Trenduntersuchung sind in Tabelle 4 zusammengestellt. Zur Bezeichnung der Schichten habe ich aus Gründen der Klarheit bei der Deskription die Berufsbezeichnungen gewählt. Die Wahlentscheidung der einzelnen Schichten ist im Zeitverlauf jeweils insgesamt und dann getrennt nach dem zweiten wichtigen sozialstrukturellen Cleavage-System, das politisch umgesetzt wurde, dem der Religionszugehörigkeit, aufgeführt. Dabei wurden die Personen, die keiner der zwei großen Religionsgemeinschaften angehörten, zu den Protestanten gezählt.

Um exakte Trendaussagen machen zu können, muß die Zu- oder Abnahme der Parteien in den einzelnen sozialen Gruppen immer mit der entsprechenden Ingesamtbewegung im letzten Block der Tabelle verglichen werden. Wenn z.B. die SPD seit 1953 kontinuierlich zunahm, kann man aus ihrer Zunahme in einer Gruppe allein noch nicht auf eine Veränderung der Determinationskraft dieses Merkmals schließen. Dazu muß man die über- oder unterdurchschnittliche Stärke dieser Zunahme berücksichtigen. Die stetige Zunahme der SPD war die wichtigste langfristige Wählerbewegung in Deutschland. Diese Zunahme war in den einzelnen Gruppen nicht so stetig wie im Gesamtelektorat. Betrachtet man zunächst die Bewegung bei Katholiken und Protestanten insgesamt, so fällt auf, daß bis 1965 die Zunahme der SPD bei den Katholiken unterdurchschnittlich war und der große Sprung nach vorn unmittelbar nach der Großen Koalition stattfand. Diese Bewegung war am ausgeprägtesten beim katholischen neuen Mittelstand.

Die protestantische Arbeiterschaft war während des ganzen Zeitraums die eindeutige Schwerpunktgruppe der SPD. Daran hat sich während der letzten 20 Jahre ebensowenig geändert wie an der eindeutigen Mehrheit der CDU beim katholischen alten Mittelstand einschließlich der Landwirte. Zwei Bewegungen aber fanden statt, die das Parteiensystem von der Sozialstruktur her gesehen veränderten:

- Die CDU konnte sich im alten protestantischen Mittelstand im Laufe der Zeit ebenfalls als Mehrheitspartei etablieren. Ihr Anteil bei den Selbständigen wuchs entgegen dem allgemeinen Trend bis einschließlich 1969. Bei den protestantischen Landwirten nahm ebenso wie bei den katholischen Landwirten der CDU-Anteil sogar von 1969 bis 1972 noch zu.
- Die SPD hat die CDU im neuen Mittelstand als Mehrheitspartei abgelöst. Ihre Führung ist vor allem bei den Protestanten ausgeprägt, während im katholischen neuen Mittelstand sich die beiden großen Parteien eher die Waage halten. Interessant ist dabei der Zeitpunkt, zu dem der SPD der entscheidende Durchbruch im neuen Mittelstand gelang. Im Vergleich zur Ingesamtzunahme der SPD war die Zunahme im neuen Mittelstand 1969 überproportional, während sie 1972 nur den allgemeinen Trend in der Wählerschaft widerspiegelt. Dagegen gelang der SPD 1972 zum ersten Mal seit 1961 eine überdurchschnittliche Zunahme bei ihrer Stammwählerschaft, den Arbeitern.

Die Wählerbewegungen im Hinblick auf die FDP müssen im Zusammenhang mit den Bewegungen bei den großen Parteien gesehen werden. So spiegelt sich die Zunahme der CDU im alten protestantischen Mittelstand für die FDP bis

1969 in einer überdurchschnittlichen Abnahme und 1972 in einer unterdurchschnittlichen Zunahme wider. Dagegen war 1972 die Zunahme der FDP im neuen Mittelstand überproportional. Die unter den Erwerbstätigen insgesamt zu beobachtende Umschichtung vom alten auf den neuen Mittelstand hat in der FDP-Wählerschaft bei etwa gleich geringbleibendem Arbeiteranteil in weit überproportionalem Maße stattgefunden. 1953 entstammte noch die Hälfte der FDP-Wählerschaft dem alten Mittelstand, 1972 sank der Anteil dieser Gruppe auf den Durchschnittswert im Gesamtelektorat.

Betrachtet man die Determinationskraft der Schichteinteilung im Zeitverlauf, so kann man eine leichte Abnahme von $V = .30$ im Jahre 1953 auf $V = .23$ 1972 konstatieren, wobei dieses Mal nur die Stimmen für die drei Parteien SPD, CDU/CSU und FDP berücksichtigt wurden. Die Assoziationskoeffizienten für die jeweilige katholische Gruppe sind immer etwas niedriger als für die Protestanten. Dieses Ergebnis ist plausibel, wenn man bedenkt, daß der Schichteinfluß bei den Katholiken durch die Kirchengangshäufigkeit, die nicht eine direkte Konsequenz der sozialen Lage ist, gemildert wird. Da Cramér's V in jeder der von mir verwendeten Umfragen für die Katholiken niedriger ist als für die Protestanten, ist erstaunlich, daß Morris Janowitz und David R. Segal für Deutschland ein gegenteiliges Ergebnis mitteilen (1966-67, 610). Sie verwenden allerdings eine andere Schichteinteilung.

3. Die Veränderung des Parteiensystems seit 1961

Die Links-Rechts-Dimension wird zur Beurteilung des politischen Standorts von Parteien und sonstigen politischen Einstellungsobjekten in der Publizistik und auch in wissenschaftlichen Arbeiten sehr häufig verwendet. Die inhaltlichen Definitionen dessen, was man als Links bzw. Rechts versteht, schwanken, sofern man überhaupt versucht, das Konzept inhaltlich zu fassen, wie z.B. Anthony Downs (1968). In jüngster Zeit wurde in verschiedenen Umfragen in Frankreich, Italien und in der Bundesrepublik versucht, auch einen Querschnitt der Wähler die politischen Parteien auf einem vorgegebenen Links-Rechts-Kontinuum einordnen zu lassen, ohne daß man vorher den Befragten die Bedeutung von Links und Rechts erläutert hätte (Converse und Pierce 1970; Barnes 1970; Klingemann und Pappi 1972). D. h. es wurde die Technik der Self-Anchoring-Scale verwendet.

Die deutsche Untersuchung wurde Ende 1970 in Hessen durchgeführt. Es mußten die fünf Parteien SPD, CDU, FDP, DKP und NPD auf einem Links-Rechts-Kontinuum eingestuft werden. Die Durchschnitte für die einzelnen Parteien ergaben eine Links-Rechts-Ordnung, die auch der politisch informierte Beobachter vorgenommen hätte. Sieht man die Frage der richtigen Einordnung allerdings nicht als kognitives Problem, sondern als Problem der Rangordnung der Parteien bei den Individuen, so ergibt sich ein etwas ungünstigeres Bild.

Nach der Logik der Unfolding-Technique sind bei drei Parteien vier Rangordnungen mit einer eindimensionalen Skala vereinbar. Geht man davon aus, daß die CDU rechts und die SPD links von der Mitte angesiedelt sind mit der FDP als Mittelpartei, eine Anordnung, die mit der in der Hessen-Untersuchung auch beim Wähler vorhandenen kognitiven Einordnung dieser drei Parteien auf dem Links-Rechts-Kontinuum übereinstimmt, so sind die zwei Präferenzordnungen, bzw. I-Scales in der Terminologie von Clyde H. Coombs (1964), nicht mit dieser eindimensionalen Skala oder J-Scale vereinbar, bei denen die FDP als letzte Partei rangiert.

Ich verwende die Sympathieeinstufungen der Parteien auf einem vorgegebenen Skalometer zur Konstruktion von Präferenzordnungen. Dabei werden die Befragten gebeten, ihre Sympathie zum jeweiligen Einstellungsobjekt auf einem Skalometer auszudrücken, der von + 5, d. h. sehr sympathisch, über 0 bis - 5, d. h. sehr unsympathisch, reicht. Derartige Skalometereinstufungen zwingen den Befragten nicht von vornherein zu einer Rangordnung, da er ja mehrere Objekte gleich einstufen kann. Zu der folgenden Analyse verwende ich Vorwahluntersuchungen zu allen Bundestagswahlen seit 1961. Wie die im vorherigen Abschnitt verwendeten Umfragen sind auch diese repräsentativ für das Bundesgebiet, wobei ich, falls auch nichtwahlberechtigte Personen befragt wurden, diese nicht in die Analyse einbezog.²

Bei allen vier Umfragen stuften etwa 30 Prozent der Befragten, die Angaben zu den Skalometerfragen machten, zwei oder alle drei Parteien gleich ein. Der Anteil der letzteren Gruppe, die keinen Unterschied zwischen den drei Parteien macht, nahm allerdings von 8 Prozent 1961 auf 3 Prozent 1972 kontinuierlich ab.

Betrachtet man nur die Befragten, die eine klare Präferenzordnung zwischen den drei Parteien vornahmen, so war 1961 bei 52 Prozent eine Präferenzordnung festzustellen, die nicht mit der oben erwähnten Links-Rechts-Ordnung der Parteien übereinstimmte, 1964 stieg dieser Anteil auf 70 Prozent, nahm 1969 nochmals geringfügig auf 73 Prozent zu und sank 1972 auf 37 Prozent ab. Dieses Absinken kann aber kein Anlaß für die Vermutung sein, ein eindimensionales Parteiensystem nach dem Links-Rechts-Schema würde sich nun doch allmählich entwickeln. Offensichtlich spiegelt sich in den Präferenzordnungen der Wähler unmittelbarer das Koalitionsverhalten der Parteien wider als ein fest vorgegebenes eindimensionales ideologisches Kontinuum. Fassen wir das Parteiensystem, wie in der Einleitung erwähnt, als euklidischen Raum auf, in

² Die Studie von 1961 ist die bundesweite Vorwahluntersuchung der Kölner Wahlstudie vom Juli 1961, vgl. Scheuch und Wildenmann 1961 (Zentralarchiv-Nr. 55). Die Vorwahluntersuchung für die Bundestagswahl 1965 wurde bereits im August 1964 vom DIVO Institut, Frankfurt am Main, durchgeführt (Zentralarchiv-Nr. 328). Bei der Vorwahluntersuchung von 1969 handelt es sich um die erste Welle des Panels, dessen zweite Welle in Anmerkung. 17 erwähnt ist (Zentralarchiv-Nr. 426). Die Vorwahluntersuchung von 1972 wurde von Hans D. Klingemann und mir im Auftrag des Instituts für politische Planung und Kybernetik, Bonn-Bad Godesberg, durchgeführt; Feldarbeit durch MARPLAN Institut, Offenbach am Main (Zentralarchiv-Nr. 631).

dem die Wähler und Parteien bestimmte Positionen haben, wobei unterstellt wird, daß der einzelne Wähler die Partei wählt, die seiner Position am nächsten ist, so gilt es zunächst, die Positionen der Parteien in diesem Raum zu bestimmen. Daß eine Gerade zur Darstellung der Distanzen zwischen den Parteien nicht ausreicht, wurde bereits festgestellt.

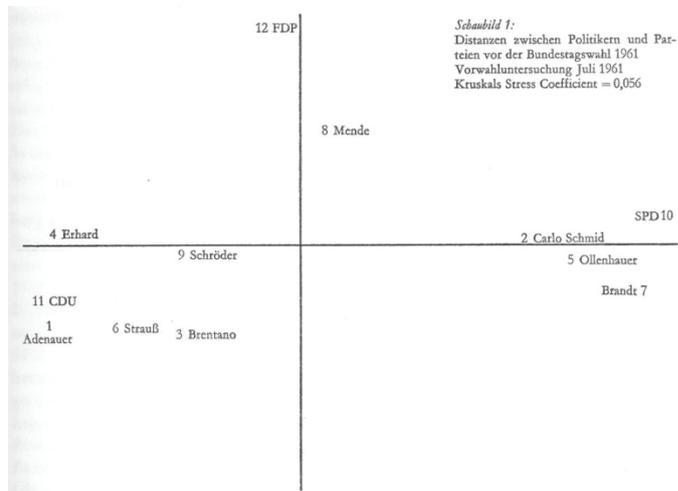
Die Methode der multidimensionalen Analyse kann bei einer zu geringen Zahl von Einstellungsobjekten nicht verwendet werden (vgl. Kruskal 1964, 1-27). Geht man davon aus, daß die Parteizugehörigkeit von führenden Politikern für die Wähler ein wichtiger Stimulus bei der Sympathieeinstufung dieses Politikers ist, eine wohl berechtigte Annahme, so bedeutet die Aufnahme von Politikern als zusätzliche Einstellungsobjekte keine fremde Dimension im Parteiensystem. Sie wird aber eine weitergehende Differenzierung der Aussagen erlauben, gerade wenn man daran denkt, daß Politiker derselben Partei manchmal unterschiedliche Auffassungen über mögliche Koalitionen vertreten oder für politische Ideologien stehen, die einer anderen Partei relativ näher sind als die anderer Führer des eigenen Lagers.

Mit Ausnahme der Vorwahluntersuchung von 1969 wurde in jeder der oben erwähnten Vorwahluntersuchungen auch die Sympathieeinstufung der führenden Politiker der drei Parteien erfaßt. Für 1969 mußte ich auf eine andere Vorwahluntersuchung zurückgreifen, bei der den Befragten nicht bestimmte Politiker zur Beurteilung vorgegeben wurden. Es wurde offen nach bekannten Politikern in Bonn gefragt und die genannten Politiker sollten dann danach beurteilt werden, ob man sie eher gut oder schlecht fände.³ Man muß bei dieser Art der Fragestellungen in Kauf nehmen, daß nur sehr wenige Politiker spontan von der großen Mehrheit der Befragten genannt werden. Darunter war 1969 kein einziger FDP-Politiker.

Die Ergebnisse der multidimensionalen Analyse für die Bundestagswahlen seit 1961 sind in den Abbildungen 1 bis 4 dargestellt. Die Eingangsdaten in diese Analyse sind Assoziationskoeffizienten, in diesem Fall Gamma, die den Grad der Übereinstimmung der Sympathieeinstufung von je zwei Einstellungsobjekten messen. Beim Verfahren der multidimensionalen Skalierung wird die Information über die Rangordnung der Objekte, wie sie aus der symmetrischen Matrix der Ähnlichkeitskoeffizienten ablesbar ist, benutzt zur Umsetzung dieser Ähnlichkeiten in Distanzen in einem euklidischen Raum möglichst geringer Dimensionalität. Diese Umsetzung ist möglich, weil jede symmetrische Ähnlichkeitsmatrix in einer monotonen Beziehung zu einer Metrik steht (McFarland und Brown 1973, 213-53).

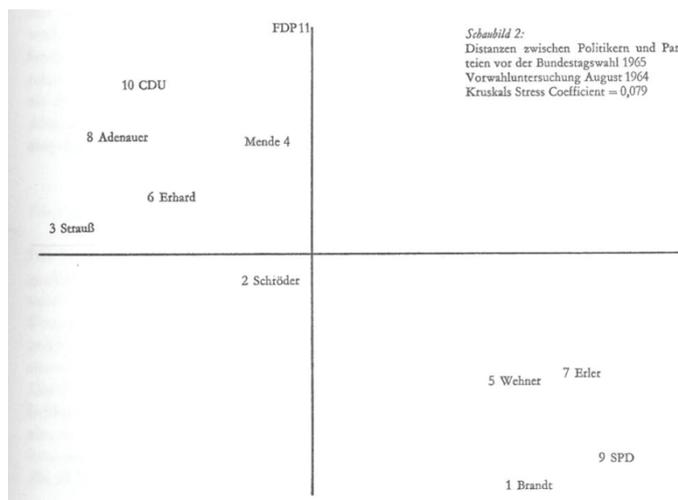
³ Vorwahluntersuchung von Max Kaase und Uwe Schleth, Universität Mannheim, vom August/September 1969; Feldarbeit durch INFRATEST, München (Zentralarchiv-Nr. 525).

Abb. 1: Distanzen zwischen Politikern und Parteien vor der Bundestagswahl 1961



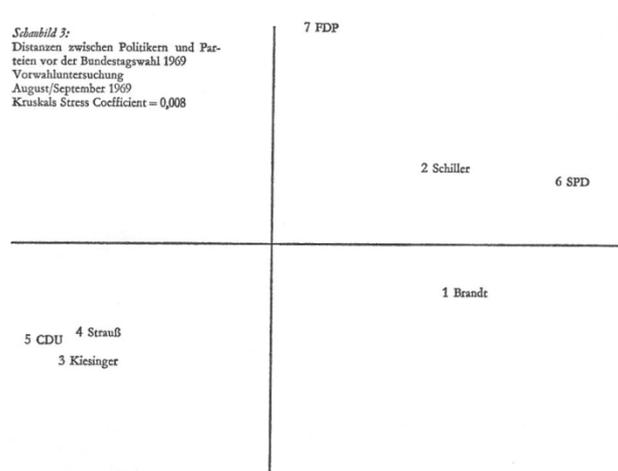
Vorwahluntersuchung Juli 1961; Kruskals Stress Coefficient = 0,056

Abb. 2: Distanzen zwischen Politikern und Parteien vor der Bundestagswahl 1965



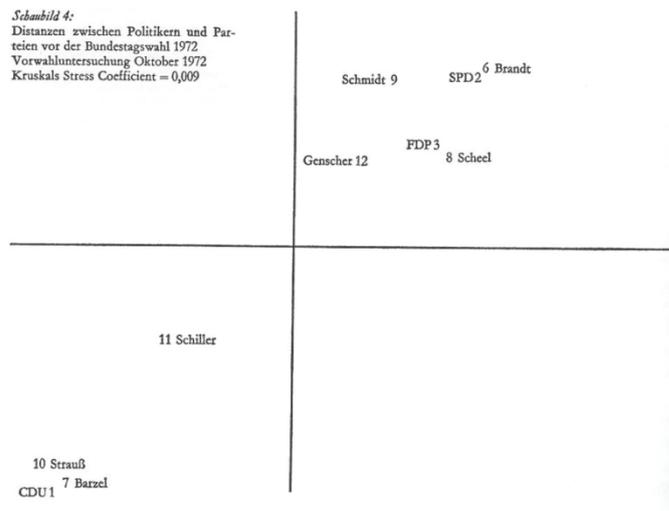
Vorwahluntersuchung August 1964; Kruskals Stress Coefficient = 0,079

Abb. 3: Distanzen zwischen Politikern und Parteien vor der Bundestagswahl 1969



Vorwahluntersuchung August/September 1969; Kruskals Stress Coefficient = 0,008

Abb. 4: Distanzen zwischen Politikern und Parteien vor der Bundestagswahl 1972



Vorwahluntersuchung Oktober 1972; Kruskals Stress Coefficient = 0,009

Das hervorstechende Ergebnis der Veränderung des Parteiensystems, wie es sich aus den Sympathieeinstufungen der Wähler ergibt, ist die Positionsveränderung der FDP. 1961 kann man das Parteiensystem noch als Dreiparteiensystem

tem sehen, in dem die FDP zwar näher an der CDU als an der SPD ist, aber doch eine deutlich abgehobene Stellung inne hat. Als Folge der Koalition mit der CDU rückt die FDP dann 1964 näher an ihren Koalitionspartner heran. 1969 ist nach den Präferenzordnungen der Wähler bereits vor der Wahl der Positionswechsel der FDP ins Lager der SPD vollzogen. Wie 1961 Erhard, ist es 1969 der Wirtschaftsminister Schiller, der von den Politikern des künftigen Koalitionspartners der FDP relativ nahe ist. Die schon immer zu beobachtende Polarisierung in zwei Blöcke hat dann 1972 ihren Höhepunkt erreicht. FDP und SPD haben eine so geringe Distanz voneinander, wie sie zwischen FDP und CDU nie bestanden hat. Aus dem Dreieck von 1961 ist jetzt praktisch eine Gerade mit zwei Lagern an den Endpunkten geworden. Nur Karl Schiller stand 1972 einsam in der Mitte, keinem der beiden Lager zugehörig.

Eine offene Frage muß bei dieser Analyse die Interpretation der beiden Achsen bleiben. Es ist klar, daß die Hauptunterscheidung immer die nach Regierung und Opposition ist. Ob man darüber hinaus die Achsen politisch-ideologisch interpretieren kann, erscheint mir angesichts dieser Datenlage zweifelhaft. Verbindet man die CDU und die SPD jeweils mit einer Gerade, so könnte man die im rechten Winkel zu dieser Geraden verlaufende Achse noch am ehesten als Anziehungskraft der Politiker und Parteien für Mittelschicht bzw. in umgekehrter Reihenfolge für die Arbeiterschicht halten, mit der FDP als dem Einstellungsobjekt mit dem höchsten „Sozialprestige“. Ich werde im nächsten Abschnitt noch näher auf eine mögliche inhaltliche Interpretation der beiden Achsen eingehen.

4. Die Position der sozialstrukturellen Gruppen im Parteiensystem

Die Methode der multidimensionalen Skalierung eignet sich nicht, zumindest nicht bei großer Fallzahl, zur Bestimmung der Position der einzelnen Befragten im Parteienraum und damit anschließend über eine Durchschnittsbildung der Position der sozialen Gruppen (Lingoes 1972, 49-68). Dazu muß auf die Faktoren- bzw. Hauptkomponentenanalyse zurückgegriffen werden, für die die Ausgangsvariablen erst metrisiert werden müssen, jedenfalls soweit das möglich ist.

Die Skalometerfrage täuscht dem Befragten zwar ein genaues Meßniveau vor, in Wirklichkeit handelt es sich nur um eine Ordinalskala. Stuft ein Befragter die drei Parteien ein, so kann man die Rangordnung dieser Parteien mit gewissen Einschränkungen rekonstruieren. Man hat aber gleichzeitig noch weitere Informationen. Ein Befragter, der die SPD mit + 5, die CDU/CSU mit + 4 und die FDP mit -5 einstuft, unterscheidet sich offensichtlich von einem Befragten, der die beiden großen Parteien ebenso einstuft, die FDP aber mit + 3 bewertet. Trotzdem fallen beide Befragte in denselben Rangordnungstyp: SPD vor CDU und diese vor der FDP eingestuft. Andererseits besteht wohl kein Unterschied zwischen diesem letzteren Befragten und einem anderen, der die

SPD mit + 5, die CDU mit + 3 und die FDP mit + 1 einstuft. Um den Rangordnungscharakter der Daten zu erhalten bei gleichzeitiger Ausnutzung der quasi-metrischen Informationen über die Abstände zwischen den Parteien, habe ich die folgende z-Transformation vorgenommen:

$$z_i = \frac{x_i - \bar{x}}{\sigma}$$

i läuft dabei von 1 bis 3, d. h. über die drei Skalometereinstufungen eines Individuums, \bar{x} ist der Durchschnitt der drei Skalometereinstufungen für einen Befragten und σ die Streuung seiner Einstufungen. Für diese Analyse verwende ich wieder die vier Vorwahluntersuchungen seit 1961 (siehe Anmerkung 2).

Tab. 5: Korrelationen (r) zwischen den Sympathie-Einstufungen der Parteien (Z-Werte) im Zeitverlauf

| | SPD vs. CDU | SPD vs. FDP | CDU vs. FDP |
|------|-------------|-------------|-------------|
| 1961 | -,68 | -,50 | -,29 |
| 1964 | -,67 | -,51 | -,30 |
| 1969 | -,68 | -,35 | -,43 |
| 1972 | -,78 | -,12 | -,71 |

In Tabelle 5 sind die Korrelationskoeffizienten der transformierten Sympathie-einstufungen für jede Bundestagswahl seit 1961 gegenübergestellt. Während sich die Korrelation zwischen CDU und SPD nicht stark verändert hat, spiegeln die Korrelationen der FDP mit den beiden großen Parteien die Positionsveränderung dieser Partei im Parteiensystem wider. Zur Bestimmung der Position der drei Parteien zueinander führte ich eine Hauptkomponentenanalyse durch, die aus mathematischen Gründen eine hundertprozentige Aufteilung der Varianz der drei Variablen auf zwei Faktoren erbringt.⁴ In den Eigenwerten der Faktoren kommt die starke Polarisierung zwischen Regierung und Opposition bei der Bundestagswahl 1972 zum Ausdruck. Betrag der Eigenwert des ersten Faktors von 1961 bis 1969 1,7 und der des zweiten 1,3, so stieg der Eigenwert des ersten Faktors 1972 auf 2,1 an, während der des zweiten Faktors auf 0,9 absank. Durch die Normierung der Faktoren werden diese Unterschiede in dem von den zwei Hauptkomponenten gebundenen Varianzanteil wieder verwischt. Der durch die zwei Hauptkomponenten gebildete Parteienraum kann über die Hauptkomponentenwerte der einzelnen Befragten dazu benutzt werden, die Lage der sozialstrukturellen Gruppen in Relation zu diesen Parteien zu bestimmen. Die Position der für die Trendanalyse im ersten Abschnitt verwendeten sozialen Gruppen ist zusammen mit der Lage der Parteien in Abbildungen 5 und 6 für die Bundestagswahl 1961 und 1972 eingezeichnet. Da die Positionsveränderungen der sozialen Gruppen seit 1961 kontinuierlich verliefen, kann auf die Darstellung der Ergebnisse für 1965 und 1969 verzichtet werden.

⁴ Prof. Dr. Theodor Harder, Bielefeld, machte mich darauf aufmerksam, daß infolge der Transformation die Korrelationsmatrix R zwischen den drei Variablen den Rang 2 hat.

Abb. 5: Die Position sozialstruktureller Gruppen im Parteiensystem von 1961

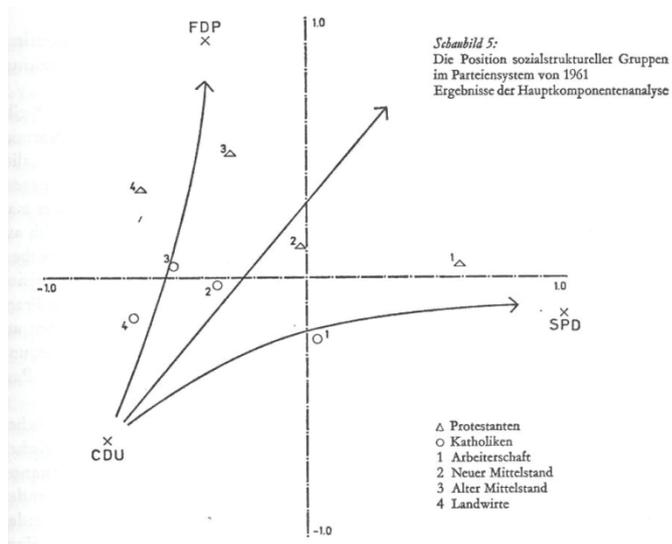
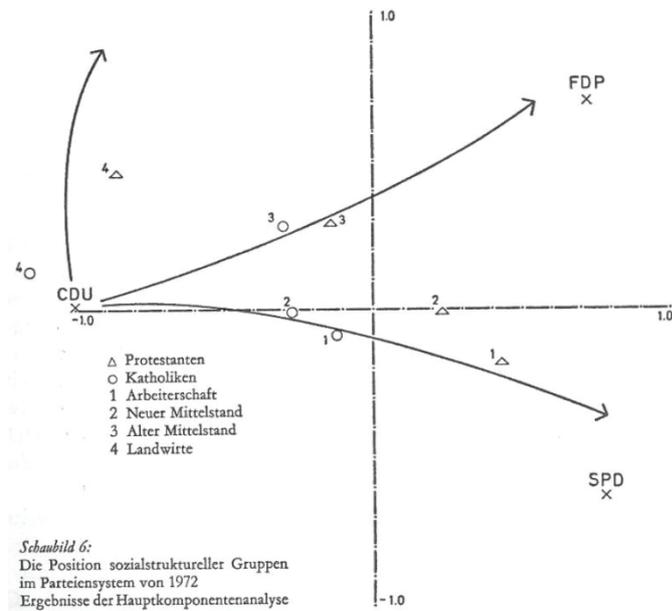


Abb. 6: Die Position sozialstruktureller Gruppen im Parteiensystem von 1972



Die Position der Parteien zueinander zu den zwei Zeitpunkten 1961 und 1972 gibt noch einmal die Veränderung des Parteiensystems an, wenn auch wegen der Normierung der Faktoren weniger deutlich, als es im Ergebnis der multidimensionalen Skalierung zum Ausdruck kam. 1961 wie 1972 stehen sich Regierung und Opposition gegenüber, 1961 CDU und FDP der SPD und 1972 SPD und FDP der CDU. Zeichnet man nun zusätzlich zu den Parteien die Position der acht sozialen Gruppen ein, die sich aus der Zweiteilung der vier sozialen Schichten nach der Religionszugehörigkeit ergeben, kann man die Frage stellen, was sich im Zeitverlauf stärker geändert hat, die Position der Parteien im Parteiensystem oder die Position der sozialen Gruppen. Diese Frage muß für verschiedene Gruppen unterschiedlich beantwortet werden. Die Gruppen am Rande des Parteiensystems, d. h. die Schwerpunktgruppe der CDU, die Landwirte, und die Schwerpunktgruppe der SPD, die Arbeiter, nehmen im Vergleich zu den drei Parteien im Zeitverlauf eine äußerst stabile Position ein.

Gerade für Deutschland mit der infolge des Hitler-Regimes fehlenden historischen Kontinuität des Parteiensystems spricht viel für die Annahme, daß die ideologischen Grundorientierungen der Wählerschaft zumindest in den Dimensionen konstanter geblieben sind als die Position der bestimmte ideologische Standpunkte artikulierenden politischen Parteien. Leider kann ich die These mit den mir zur Verfügung stehenden Daten nicht testen. Abgelöst von der Datenlage und in etwa gestützt von der von Hans Dieter Klingemann und mir durchgeführten Analyse des politischen Radikalismus in Hessen kann man die zwei Achsen des Parteiensystems sehr allgemein als Wert- und Normdimension der politischen Entwicklung begreifen (vgl. Klingemann und Pappi 1972, 64ff). Die Links-Rechts-Dimension wäre dann die Wertdimension, bei der es um Ziele der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung geht, während die Normdimension – Norm in Anlehnung an Talcott Parsons verstanden als Verhaltenserwartungen, die positionsgebundenes Verhalten regeln, also im Hinblick auf die innere Struktur eines Sozialsystems bereits differenziert sind (vgl. dazu die Diskussion bei Pappi 1970, 31) – unterschiedliche Positionen im Hinblick auf die Verfahrensweisen der politischen Auseinandersetzung angibt, etwa im Sinn von parlamentarischer versus antiparlamentarischer Einstellung. Von ihrem Ursprung her sind sowohl das Zentrum als auch die SPD im Gegensatz zu den liberalen Parteien keine Vorkämpfer des parlamentarischen Systems gewesen, sie nehmen auf dieser Normdimension eher eine Mittelstellung ein. Der eigentliche Gegenpol zu den liberalen Parteien sind die totalitären Parteien der Rechten und der Linken. Auf der Links-Rechts-Dimension standen sich in der Kaiserzeit auf der einen Seite die SPD und auf der anderen Seite Rechtsliberale und Konservative gegenüber, während das Zentrum wohl mehr eine Mittelstellung einnahm. Die CDU hat sich in nur teilweiser Nachfolge des Zentrums im Laufe der letzten 20 Jahre in eine immer eindeutigeren Rechtsposition bewegt.

Ohne zur Interpretation der Achsen des Parteiensystems empirisch etwas beitragen zu können, was über die Feststellung hinausginge, daß die Blöcke von

Regierung und Opposition jeweils die Hauptvarianz erklären, wähle ich zum Zwecke der besseren Deskription der Ergebnisse die CDU als Fixpunkt der Betrachtung. Von der CDU aus sind Vektoren in die Abbildungen 5 und 6 eingezeichnet worden, die die verschiedenen Parteikonstellationen andeuten, in denen sich die sozialen Gruppen befinden. Bei diesen Vektoren handelt es sich sozusagen um die Schlachtfelder, auf denen die Wahlkämpfe um die Wähler der jeweiligen Gruppen geführt werden. Die Position der Gruppen auf den Vektoren gibt an, wie erfolgversprechend die Ausgangspositionen der Parteien im Wahlkampf sind.

Wie bereits erwähnt, ist die Position der Landwirte und der Arbeiter als der Schwerpunktgruppen der CDU und SPD von 1961 bis 1972 sehr stabil geblieben. Die Arbeiter, und zwar sowohl die katholischen als auch die protestantischen Arbeiter, standen immer im Kräftefeld der zwei großen Parteien, ohne daß die FDP eine Rolle gespielt hätte. Die Landwirte befanden sich 1961 mit den Selbständigen auf dem von der CDU zur FDP verlaufenden Vektor, 1972 hat sich die Richtung dieses Vektors nicht verändert, die FDP hat sich aber als Zielpunkt des Vektors verflüchtigt, so daß die CDU bei den Landwirten keine Konkurrenz mehr zu erwarten hat.

Am interessantesten sind die Positionsveränderungen des alten und vor allem des neuen Mittelstands. Der alte Mittelstand hat synchron mit der Positionsveränderung der FDP seine Stellung im Parteiensystem verändert. Diese Veränderung kam 1972 allerdings weniger der FDP als der SPD zugute, wenn man die Stimmengewinne als Maßstab verwendet. Betrachtet man die Schnelligkeit der Veränderung des Vektors für den alten und den neuen Mittelstand im Zeitverlauf, so läßt sich feststellen, daß der neue Mittelstand seine Positionsveränderung vor der FDP vollzogen hat, während der alte Mittelstand der FDP folgte.

Die einschneidendste Veränderung in der Zuordnung von sozialstrukturellem und politischem Konfliktsystem betrifft den neuen Mittelstand. 1961 noch auf einem richtungsmäßig deutlich von dem Arbeitervektor verschiedenen Vektor gelegen, ist 1972 zwischen diesen beiden Vektoren praktisch kein Unterschied mehr. Die Arbeitnehmergesellschaft hat sich durchgesetzt. Der 1961 noch kleine Unterschied zwischen altem und neuem Mittelstand hat sich vergrößert. Diese langfristige Entwicklung scheint mir entscheidend von der Politik und der Strategie der SPD mitgestaltet worden zu sein. Sie ist keine ausschließliche Folge von allein sozialstrukturellen Veränderungen. Überspitzt könnte man sagen, wer heute von Arbeitnehmern spricht statt von Arbeitern und Mittelstand, verstärkt schon durch seine Wortwahl die langfristigen Chancen der SPD. Wie aus den Abbildungen ebenfalls ersichtlich ist, ist die Trennung in Katholiken und Protestanten in Deutschland nach wie vor wichtig. 1961 kann man die acht Gruppen mit einer Geraden so trennen, daß sie in eine protestantische und eine katholische Hälfte auseinanderfallen. 1972 ist das wegen der Lage der protestantischen Landwirte nur noch für die restlichen sieben Gruppen möglich. Es fällt allerdings auf, daß der Religions-Cleavage gerade für den alten Mittelstand, für den er 1961 noch

am ausgeprägtesten war, an Bedeutung verloren hat. Neue Fronten lassen alte Konflikte vergessen.

Die Vektoren wurden als Interpretationshilfen in die Abbildungen eingezeichnet. Von anderen Fixpunkten her ergeben sich andere Vektoren. Ich betrachte diese Methode als Versuch, Sozialstruktur und Parteiensystem unmittelbarer aufeinander zu beziehen, als es mit herkömmlichen Techniken möglich war. Hat man einmal einen Fixpunkt gewählt, kann man Veränderungen der Vektoren im Zeitverlauf als wahrscheinlich nur langfristig ablaufende Veränderungen der Zuordnung von Sozialstruktur und Politik interpretieren, also als wirklich strukturelle Veränderungen. Demgegenüber wären bloße Verschiebungen der Gruppen auf den Vektoren als kurzfristige, durch die besondere politische Situation einer Wahl bedingte Wählerbewegungen zu verstehen.

5. Schlussbemerkungen

In diesem Aufsatz wurden die sozialstrukturellen Determinanten der Wahlentscheidung bei den Bundestagswahlen seit 1953 untersucht. Die Trends der Wählerentwicklungen wurden anschließend mit Veränderungen des Parteiensystems und der Zuordnung von Sozialstruktur und Politik in Zusammenhang gesehen. Damit sollte der im Titel dieses Aufsatzes angemeldete Anspruch eingelöst werden. Trotzdem blieb die Darstellung weitgehend deskriptiv, wenn man von gelegentlichen Bemerkungen über die Beeinflussbarkeit der strukturellen Zuordnung von sozialen Gruppen zu den Parteien durch die Parteien selbst absieht.

Der Haupttrend der Wählerbewegungen in der Bundesrepublik ist, wie wiederholt betont, die seit 1953 stetige Zunahme der SPD. Diese Zunahme ließ sich nicht mit der Zunahme der traditionellen Wählergruppen dieser Partei im Gesamtelektorat erklären. Möglich war dieser Trend nur im Zuge einer neuen Zuordnung von Sozialstruktur und politischem Konfliktsystem, die in erster Linie den neuen Mittelstand betraf. Dieser bewegte sich aus seiner Mittelschichtposition in eine Arbeitnehmerposition. Die Ursachen dieses Positionswechsels sind sicher nicht allein den politischen Parteien zuzuschreiben. Damit der Strategie der SPD seit dem Godesberger Programm Erfolg beschieden war, mußte im neuen Mittelstand bereits ein sozialer Wandel stattgefunden haben, der ihn für die Strategie dieser Partei empfänglich machte.

Die politische Ideologie des Mittelstands insgesamt wurde in der an der Marx'schen Fragestellung orientierten Soziologie schon seit jeher als problematisch empfunden. So schreibt C. Wright Mills, daß im neuen Mittelstand ein Gegensatz zwischen Status- und Klasseninteressen bestünde; es seien in dieser Gruppe keinerlei Anzeichen zur Entwicklung einer eigenen politischen Linie zwischen der Arbeiterschaft und den Großunternehmern und Managern zu entdecken. Soweit man überhaupt von politischen Orientierungen dieser Gruppe sprechen könne, seien sie passiv. In dieser sich nur auf die Mittelschichten in mittleren

Städten beziehenden Analyse kommt Mills zu dem Schluß, daß sich der neue Mittelstand immer dem Gewinner bei Klassenauseinandersetzungen anschließen (Mills 1953, 203-13).

Diese Interpretation kann auf die Bundesrepublik wohl kaum übertragen werden. Die Arbeiter waren hier, zumindest bis 1969, nicht die eindeutigen Gewinner im Klassenkampf (ebd., 213), so daß man nicht sagen kann, der neue Mittelstand sei einfach den stärkeren Bataillonen gefolgt. Ich möchte zum Schluß noch eine Interpretationsvariante skizzieren, für die mir empirisch mehr zu sprechen scheint als für die eben vorgetragene Interpretation.

Der neue Mittelstand ist die in modernen Industriegesellschaften am stärksten zunehmende Gruppe. Damit ist auch die Zahl derer in dieser Gruppe am geringsten, denen in der Generationenfolge eine für die Gruppe spezifische Schichtmentalität hätte vererbt werden können, vorausgesetzt, es habe diese Mentalität gegeben. Neuen gesellschaftlichen Tendenzen, wie z.B. der Bildungsexplosion (vgl. für die Vereinigten Staaten Converse 1972), ist diese Schicht aber am stärksten ausgesetzt. Bei der Allgemeinheit dieser Entwicklungen führt das nicht zu einer Ersetzung alter Schichtmentalitäten durch neue, sondern zu einer geringeren Abhängigkeit von einseitig sozialstrukturell bedingten Lebenserfahrungen. Damit ist noch nicht geklärt, zugunsten welcher politischen Richtung sich diese Tendenzen auswirken. Bedenkt man aber, daß das politische Interesse im neuen Mittelstand von allen Schichten am höchsten ist, so wird man bestimmt sagen können, daß von diesen Tendenzen nicht eine Partei profitieren kann, die sich einer stärkeren Politisierung der Wähler widersetzt.

References

- Barnes, Samuel H. 1970. *Left, Right, and the Italian Voter*. Referat beim 8. Weltkongreß der International Political Science Association 1970. München.
- Centers, Richard. 1949. *The Psychology of Social Classes*. Princeton.
- Converse, Philip E. 1966. The Concept of a Normal Vote. In *Elections and the Political Order*, hg. v. Angus Campbell, Philipp E. Converse, Warren E. Miller und Donald E. Stokes. New York, London und Sydney.
- Converse, Philip E. 1966a. The Problem of Party Distances in Models of Voting Change. In *The Electoral Process*, hg. v. M. Kent Jennings und L. Harmon Zeigler, 175-207. Englewood Cliffs, NJ.
- Converse, Philip E. 1972. Change in the American Electorate. In *The Human Meaning of Social Change*, hg. v. Angus Campbell und Philip E. Converse. New York.
- Converse, Philip E., und Roy Pierce. 1970. *Basic Cleavages in French Politics and the Disorders of May and June, 1968*. Referat beim 7. Weltkongreß für Soziologie 1970. Varna, Bulgarien.
- Converse, Philip E., und Henry Valen. 1971. Dimensions of Cleavage and Perceived Party Distances in Norwegian Voting. *Scandinavian Political Studies* 6: 107-52.
- Coombs, Clyde H. 1964. *A Theory of Data*. New York, London und Sydney.
- Dahrendorf, Ralf. 1965. *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*. München.

- Downs, Anthony. 1968. *Ökonomische Theorie der Demokratie*. Tübingen.
- Geiger, Theodor. 1967 [1932] *Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Soziographischer Versuch auf statistischer Grundlage*. Darmstadt.
- Hodge, Robert W., und Donald J. Treiman. 1967-1968. Class Identification in the United States. *American Journal of Sociology* 73.
- Janowitz, Morris, und David R. Segal. 1966-1967. Social Cleavage and Party Affiliation: Germany, Great Britain, and the United States. *American Journal of Sociology* 72: 601-18.
- Kaase, Max. 1970. Determinanten des Wahlverhaltens bei der Bundestagswahl 1969. *Politische Vierteljahresschrift* 11: 46-110.
- Key, V. O., Jr. 1955. A Theory of Critical Elections. *Journal of Politics* 17: 3-18.
- Klingemann, Hans D. 1973. Issue-Kompetenz und Wahlentscheidung. *Politische Vierteljahresschrift* 14.
- Klingemann, Hans-Dieter, und Franz Urban Pappi. 1972. *Politischer Radikalismus*. München und Wien.
- Kruskal, Joseph B. 1964. Multidimensional Scaling by Optimizing Goodness of Fit to a Non-metric Hypothesis. *Psychometrika* 29: 1-27.
- Lepsius, M. Rainer. 1966. Parteiensystem und Sozialstruktur: zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft. In *Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte*, Festschrift zum 65. Geburtstag von Friedrich Lütge, hg. v. Wilhelm Abel, Knut Borchhardt, Hermann Kellenbenz und Wolfgang Zorn, 371-91. Stuttgart.
- Liepelt, Klaus. 1971. The Infra-Structure of Party Support in Germany and Austria. In *European Politics: A Reader*, hg. v. Mattel Dogan und Richard Rose, 183-202.
- Liepelt, Klaus, und Alexander Mitscherlich. 1968. *Thesen zur Wählerfluktuation*. Frankfurt a. M.
- Lingoes, James C. 1972. A General Survey of the Guttman-Lingoes Nonmetric Program Series. In *Multidimensional Scaling. Theory and Applications in the Behavioral Sciences*, Bd. 1, hg. v. Roger N. Shepard, A. Kimball Romney und Sara Beth Nerlove, 49-68. New York und London.
- Lipset, Seymour M., Paul F. Lazarsfeld, Allen H. Barton, und Juan Linz. 1954. The Psychology of Voting: An Analysis of Political Behavior. In *Handbook of Social Psychology*, Bd. 2, hg. v. Gardner Lindzey, 1124-75. Reading, MA und London.
- Lipset, Seymour M., und Stein Rokkan, Hrsg. 1967. *Party Systems and Voter Alignments: Cross National Perspectives*. New York und London.
- McFarland, David, und Daniel Brown. 1973. Social Distance as a Metric: A Systematic Introduction to Smallest Space Analysis. In *Bonds of Pluralism: The Form and Substance of Urban Social Networks*, hg. v. Edward O. Laumann, 213-53. New York.
- Mills, C. Wright. 1953. The Middle Classes in Middle-Sized Cities. In *Class, Status and Power. A Reader in Social Stratification*, hg. v. Reinhard Bendix und Seymour M. Lipset, 203-13. Glencoe, IL.
- Pappi, Franz Urban. 1970. *Wahlverhalten und politische Kultur*. Meisenheim am Glan.
- Pappi, Franz Urban. 1973. Sozialstruktur und soziale Schichtung in einer Kleinstadt mit heterogener Bevölkerung. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 25: 23-74.
- Sartori, Giovanni Sartori. 1968. The Sociology of Parties: A Critical Review. In *Parteiensysteme, Parteiorganisationen und die neuen politischen Bewegungen*,

- hg. v. Otto Stammer, 1-25. Berlin: Institut für politische Wissenschaft an der Freien Universität Berlin.
- Segal, David R. 1970. Social Structural Bases of Political Partisanship in West Germany and the United States. In *Public Opinion and Politics: A Reader*, hg. v. William J. Crotty, 216-35. New York.
- Statistisches Bundesamt, Hrsg. 1972. *Bevölkerung und Wirtschaft 1872-1972*. Stuttgart und Mainz.
- Stokes, Donald E. 1966. Spatial Models of Party Competition. In *Elections and the Political Order*, hg. v. Angus Campbell, Philipp E. Converse, Warren E. Miller und Donald E. Stokes, 161-79. New York, London und Sydney.